H:\ZENTRAL\WIN

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

5-2574/15-KT

für die öffentliche Sitzung

ANTRAG

Kreistag 09.11.2015

Einreicher: Barthel, Helmut

Betr.: Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines

Flüchtlings-Unterstützer-Internetportals durch den Landkreis Teltow-Fläming –

Die Menschen zueinander bringen!

Beschlussvorschlag:

Die Kreisverwaltung wird aufgefordert, zeitnah die Einrichtung eines kreisweiten Flüchtlingsunterstützerinternetportals zu prüfen. Dabei sollten Kooperationsmodelle mit bereits bestehenden Plattformen in die Prüfung einbezogen werden.

Begründung:

Die SPD-Fraktion begrüßt die bisherigen Anstrengungen der Kreisverwaltung bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Teltow-Fläming - dabei sei insbesondere die Einrichtung einer Info-Hotline und die bisherigen Bemühungen der Informationsvermittlung über die Webseite des Landkreises und die Einstellung eines Flüchtlingskoordinators genannt. Weiterhin bedankt sich die SPD-Fraktion bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Flüchtlingsinitiativen engagieren oder anderweitig helfen.

In Teltow-Fläming gibt es in allen Gemeinden viele Menschen, die helfen wollen. Viele wissen erst mal nicht, an wenn sie sich wenden sollen. Der Austausch darüber, was, wann und wo gebraucht wird, erfolgt momentan über verschiedene Foren. In einigen Gemeinden wird z. B. Kinderbekleidung abgegeben, tatsächlich kommen dann nur erwachsende Flüchtlinge und die Kleidung kann in anderen Gemeinden des Landkreises gut genutzt werden.

Ähnlich dem in Potsdam bereits begonnenen Portal http://potsdam.helpto.de/de könnte die Einrichtung eines kreisweiten Flüchtlingsunterstützerinternetportals dabei helfen, die Koordination zu verbessern. Sie soll dazu dienen, gezielt Bedarf zu koordinieren und aufzulisten:

Sei es an ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, an Sachspenden oder an Lebensmitteln für die Flüchtlingsunterkünfte, Unterstützung durch Fahrdienste oder bei Behördengängen. Damit könnte auch die Verwaltung entlastet werden.

Gleichzeitig soll es möglich sein, dass sowohl Unternehmen Arbeitsangebote als auch Flüchtlinge ihre Qualifikationen darstellen können, um eine Integration durch die Aufnahme einer Arbeit zu erleichtern.

Luckenwalde, den 12. Oktober 2015

gez. Helmut Barthel Vorsitzender der SPD-Fraktion